

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Dresden, Postfach 10011
Verleger: Dr. H. J. W. Müller, Dresden, Postfach 10011
Redaktion: Dresden, Postfach 10011

Verlagsgesellschaft für den deutschsprachigen Buchmarkt
Verlagsgesellschaft für den deutschsprachigen Buchmarkt
Verlagsgesellschaft für den deutschsprachigen Buchmarkt

Druck: Druckerei 'Die Presse', Dresden
Druck: Druckerei 'Die Presse', Dresden
Druck: Druckerei 'Die Presse', Dresden

Der Reichskanzler fährt nach Neudorf

v. Papen fordert Vollmacht zur Reichstagsauflösung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. August. Amlich wird bestätigt, daß der Reichskanzler im Anschluß an seine große Wirtschaftrede, die er am Sonntag vor den westfälischen Bauernvereinen in Münster hielt, nach Neudorf zum Reichspräsidenten zu reisen gedenkt. Reichskanzler v. Papen will dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Regierungsprogramm mit allen Einzelheiten vortragen und von ihm die Unterschrift unter die entsprechende Notverordnung erbitten. Gleichzeitig dürfte der Reichskanzler die Gelegenheit benutzen, um vom Reichspräsidenten das Aufhebungsdekret für den Reichstag zu erbitten, für den Fall, daß die bereits des Vortrages vorausgesetzte überwältigende Mehrheit gegen die Regierung sich einstellen sollte.

Die Rede des Reichskanzlers von Papen über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wird am Sonntag, 13.15 Uhr, über alle deutschen Sender verbreitet werden. Das Reichskabinett ist Freitag vormittag zusammengetreten und arbeitet unter Hochdruck an der Fertigstellung der Vorlage. Es dürfte bis Sonnabend nachmittag nahezu ununterbrochen tagen.

Au ausländischer Stelle wird darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident von Hindenburg noch keinen Termin für seine Rückkehr nach Berlin genannt hat. Sollte er noch vor Beginn des Stahlhelmtages nach Berlin zurückkehren, so würde er an ihm in irgendeiner Form teilnehmen. Für den Spätherbst, man nennt Oktober, ist dann die Reise des Reichspräsidenten nach Bad Reichenhaller vorgesehen, wo das für das Reichsjubiläum in Aussicht genommene Gelände beichtigt werden soll.

Die Nationalsozialisten gegen „einen Staatsstreich von oben“

München, 26. August. In einem Artikel, der die Ueber-schrift trägt: „Eine Warnung vor dem Staatsstreich von oben“, beschäftigt sich der „Völkische Beobachter“ in einem aus Berlin datierten Artikel mit der innerpolitischen Lage und den Gerüchten über eine Auflösung des Reichstages. Das Blatt behauptet, diese Gerüchte lasse die Reichsregierung durch die ihr nachstehende Presse verbreiten, und es gelte in der Diskussion, durch die Verkündung dieser Absicht einen Druck auf jene Parteien ausüben zu können, die eine Renouveau nicht wünschen, „wozu die Regierung“, so sagt das Blatt, „überstürzt nur auch die NSDAP. rechnen“. Auf diese Weise glaubt sie, die Führung der deutschen Freiheitsbewegung unter Druck setzen und bei Fort-führung ihrer bisherigen Vermittlungspolitik ihren Wünschen willfähriger machen zu können.

Wir können der Reichsregierung, so heißt es weiter, schon jetzt versichern, daß diese Spekulation ein Scheitern ist.

Sollten diese Drohungen aber nicht den gewünschten Erfolg zeitigen, so scheint die Regierung tatsächlich auch mit dem Gedanken zu spielen, einer Reichstagsauflösung keine Renouveau folgen zu lassen, sondern die Wahlen zunächst für eine Zeitlang auszuschieben und ohne Parlament weiter zu regieren. Das wäre, erklärt der „Völkische Beobachter“, der Sprung in die Illegalität.

Nationalsozialistische Regierung in Thüringen

Der Landbund stellt einen Staatsrat

Weimar, 26. August. Im Thüringischen Landtag wurde heute die neue Regierung gewählt, und zwar auf Grund eines gemeinsamen Vorschlages von Nationalsozialisten und Landbund. Die Nationalsozialisten bezeichnen sämtliche Ministerien. Der Landbund ist im Kabinett nur mit einem Staatsrat vertreten. Da die Kommunisten in der vorigen Sitzung auf drei Tage ausgeschlossen waren, waren bei der Abstimmung nur 61 Abgeordnete anwesend. Von diesen stimmten Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landbund mit 34 Stimmen für den Vorschlag, die Sozialdemokraten und der eine Abgeordnete der Staatspartei mit zusammen 16 Stimmen dagegen. Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei enthielt sich der Stimme. Die Deutschnationalen begründeten ihre Ablehnung einer Koalition in einer Erklärung. Sie wollten sich durch die Wahl nicht auf einzelne Persönlichkeiten des Kabinetts festlegen und ihre Unterstützung des Kabinetts davon abhängig gemacht wissen, daß von dieser Regierung ein der Staatsaufhebung der Deutschnationalen und der bisherigen thüringischen Politik entsprechender Weg eingeschlagen wird.

Die Minister sind: Innenminister: Graf v. Helldorf; Volksbildungsminister: Regier. Baachler; Finanzen

Zu einer Bemerkung der D.N.Z., in der die Frage aufgeworfen wurde, „ob etwa später eine Beteiligung der Nationalsozialisten im Reichskabinett durchführbar sein sollte“, heißt es in dem Artikel: Wir können der Regierung heute schon versichern, daß sie sich auch mit dieser stillen Hoffnung genau so einer Lösung hingibt, wie mit der Drohung der Reichstagsauflösung. Die einzige wirkliche Lösung der Krise bleibt stets dieselbe: Uebernahme der Staatsführung an Adolf Hitler. Je schneller sie vollzogen wird, desto besser für Deutschland.

Fortgang der Koalitionsverhandlungen in Preußen

Berlin, 26. August. Im Zusammenhang mit der Steigerung der politischen Spannung nach dem Preussener Urteil war das Gerücht aufgetaucht, daß die preussischen Koalitionsverhandlungen in Stocken geraten seien und daß für das Zustandekommen einer Verständigung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die preussische Regierungsbildung vorläufig keine Aussicht bestände. Demgegenüber wird dem Nachrichtenbüro des R.D.Z. von gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen erklärt:

„daß die Koalitionsverhandlungen durchaus einen guten Fortgang nehmen, wenn man auch noch nicht auf den Tag genau absehen könne, wann sie beendet sein würden.“

Nach dieser von ernst zu nehmender Seite geäußerten Aufklärung muß es weiterhin als wahrscheinlich gelten, daß der Reichsrat des Preussischen Landtags sehr bald, vielleicht schon am kommenden Dienstag, die technische Frage zu entscheiden haben wird, wann die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Der Präsident des Preussischen Landtages, Herr I., hat in einem Schreiben an Reichskanzler v. Papen Protest eingelegt gegen die Auffassung des stellvertretenden Reichskommissars Dr. Bracht, daß die formalistische preussische Regierung dem Landtag gegenüber nicht verantwortlich und an seine Beschlüsse nicht gebunden sei.

Die Haltung des Zentrums

Berlin, 26. Aug. Zu den Koalitionsgesprächen und den Vermutungen, die in politischen Kreisen über die Entscheidung der nächsten Tage angezettelt werden, nimmt die „Welt am Sonntag“ u. a. in folgenden Ausführungen Stellung: Alle Vermutungen der Zentrumspartei werden schon heute darauf gerichtet sein, einen verfassungsmäßigen Ablauf der kommenden Dinge mit allen Mitteln in sich zu erzwingen.

Das ist der Kardinalpunkt, an dem sich die Zentrumspartei orientieren wird.

Wenn die Reichsregierung das Festhalten ihrer Position und in Verbindung hiermit auch die sofortige Wiederauflösung des Reichstages mit dem Hinweis darauf zu begründen sucht, daß der Reichstag keine arbeitsfähige Mehrheit aufweise, so ist das vorläufig doch wohl nur eine in die Ferne geworfene Vermutung, die noch keineswegs bestätigt ist. Für den Reichstag sollte es so leicht die „Germania“, wichtig sein, dieses Argument zu widerlegen.

Die Ladung des Sarnow-Ausschusses nach Weuthen

Erklärung des preussischen Justizministeriums

Berlin, 26. August. Der Vorsitzende des 10. Ausschusses des Preussischen Landtags hat bekanntlich mit Schreiben vom 21. August dem preussischen Justizministerium die Einberufung des Ausschusses zum 2. und 3. September nach Weuthen zur Nachprüfung des Verfahrens vor dem Sondergericht beim Landgericht in Weuthen in der Strafsache Kottisch und Genossen mitgeteilt und unter anderem um Ueberlassung des Schwurgerichtssaales in Weuthen, um Verhinderung der Verurteilung zur Vernehmung vor dem Ausschuss und um Ausbändigung der Akten des Strafverfahrens ersucht. Das preussische Justizministerium hat mit Schreiben vom 26. August erwidert,

„daß es aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage sei, dem Ersuchen zu entsprechen.“

Die Nachprüfung des Verfahrens des Sondergerichts in Weuthen in der Strafsache Kottisch und Genossen würde eine Ausdehnung der dem Ausschuss vom Landtag übertragenen Aufgabe bedeuten, zu der der Ausschuss nicht befugt sei. Es komme hinzu, daß die angeforderte Untersuchung einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte bilden und daher im Hinblick auf Artikel 103 der Reichsverfassung unzulässig sein würde.

Gnadengesuch Frau Sachmanns

Essen, 26. August. Die Frau des zum Tode verurteilten Nationalsozialisten Sachmann hat, wie die „Reichswehrzeitung“ telegraphisch ein Gnadengesuch an den Reichskommissar Dr. Bracht gerichtet. In diesem Gnadengesuch weist Frau Sachmann auf das furchtbare Unglück hin, das bei Vollstreckung des Todesurteils über ihre Familie kommen würde. Der Reichskommissar Dr. Bracht habe, wie die Zeitung weiter berichtet, darauf heute geantwortet, daß er nicht allein für die Begnadigung zuständig sei. Das Begnadigungsrecht stehe nur der gesamten preussischen Staatsregierung zu. Die Angelegenheit könne auch erst dann entschieden werden, wenn der Bericht des Gnadenanwalts und die schriftliche Urteilsbegründung in Berlin vorlägen. Der Reichskommissar habe Frau Sachmann empfohlen, sich direkt mit dem Beauftragten für Gnadengesuchen in Verbindung zu setzen.

Bombenflieger über Metz

Paris, 26. August. Die Luftmanöver im französisch-deutschem Grenzgebiet brachten in der letzten Nacht Angriffe von Bombenflugzeugen auf die wichtigsten Städte des Nordwestens, die Verdunkelung des gesamten Gebietes und die Alarmierung der Bevölkerung. In Anwesenheit des Generalinspektors der Luftabwehrorganisation, Marschall Pétain, führten die „feindlichen Streitkräfte“ in den letzten Abendstunden des Donnerstag den ersten Angriff auf Metz durch, das sofort in tiefes Dunkel gehüllt wurde. Diesem Scheinwerfer suchten den Himmel ab, und nur ab und zu sah man eine Leuchtspur, die die Bomben der feindlichen Flugzeuge darstellte, durch die Luft sausen. In den letzten Nachtstunden wurde dann die letzte Phase der großen Manöver abgewickelt, die in einer erneuten Verdunkelung des gesamten Gebietes, dem Generalangriff sämtlicher feindlicher Streitkräfte und der Anwendung sämtlicher Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung bestand.

Pariser Führer in Berlin

Berlin, 26. August. Der französische Abgeordnete Fr. Bourga, der Berichterstatter der auswärtigen Kammerkommission für Mitteleuropa, wurde am Donnerstag vom Reichskanzler v. Papen, vom Reichswehrminister v. Schleicher und vom Staatssekretär v. Hilow empfangen. Die Unterhaltung betraf die wichtigsten deutsch-französischen Probleme, besonders auch die Frage der Gleichberechtigung und war von dem Wunsch nach gegenseitigem Verständnis für die besondere Lage der beiden Länder getragen.

Vier Jahre Zuchthaus für einen Spion

Berlin, 26. August. Die Justizpressestelle teilt mit: Das Kammergericht verurteilte den polnischen Staatsangehörigen Bruno Anidba wegen vorsichtigen Betrugs militärischer Geheimnisse zugunsten Polens zu vier Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Vollzeitschäft. Anidba hatte versucht, geheimzuhaltende Nachrichten über die Grenzverhältnisse zu sammeln, um sie an die polnische Nachrichtenstelle weiterzuleiten.

Explosionsstoffdiebstahl in Oberschlesien

Oppeln, 26. August. Wie das Oberpräsidium in Oppeln mitteilt, wurde in der Nacht zum Freitag im alten Lehm-schacht der Ziegelei in Oberschlesien, Kreis Tost/Gleiwitz, die Explosionsstoffkammer erbrochen und 50 Sprengpatronen, 25 Sprengkapseln und zwei Rollen Randschnur gestohlen. Der Regierungspräsident hat für die Ermittlung der Täter dreihundert Reichsmark Belohnung ausgesetzt.